



## Elektromobilität

Elektromobilität  
Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung  
Nationale Plattform Elektromobilität übergibt der Bundesregierung Fortschrittsbericht 2014  
Der Vorsitzende des Lenkungskreises der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE), Prof. Henning Kagermann, hat heute der Bundeskanzlerin den Fortschrittsbericht 2014 der NPE übergeben. Mit diesem Bericht schließt die NPE die Marktvorbereitungsphase (2010-2014) ab und zeigt den aktuellen Stand auf. Zugleich unterbreitet sie für die kommende Phase des Markthochlaufs (2015-2017) Vorschläge, wie Deutschland die gesteckten Ziele bis 2020 erreichen kann, um internationaler Leitanbieter und Leitmarkt für Elektromobilität zu werden. Die Bundesregierung wird die Empfehlungen der NPE prüfen, die Marktentwicklung beobachten und mit weiteren politischen Rahmenbedingungen flankieren. Das Kabinett hat am 24. September 2014 bereits das Elektromobilitätsgesetz verabschiedet. Damit können Kommunen künftig entscheiden, wie sie Elektroautos vor Ort begünstigen wollen. Zum Beispiel durch kostenfreies Parken oder spezielle Zufahrtsrechte.  
In ihrem Bericht stellt die NPE unter anderem fest, dass Deutschland auf einem guten Weg ist, sich zu einem internationalen Leitanbieter für Elektromobilität zu entwickeln. Das ist Lob und Ansporn zugleich. Die bisherige Strategie der Bundesregierung, sich in der Marktvorbereitungsphase auf die Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E), auf Normung und Standardisierung sowie auf Bildung und Qualifizierung zu konzentrieren, hat sich nach Ansicht der NPE bewährt.  
Hier hat die schrittweise Umsetzung des Regierungsprogramms Elektromobilität einen entscheidenden Beitrag geleistet.  
Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel: "Mir ist wichtig, dass Deutschland sich bei der umweltfreundlichen Elektromobilität nicht nur als Forschungs- und Technologiestandort bewährt, sondern auch als Produktionsstandort besteht und sich fortentwickelt. Dies beinhaltet insbesondere auch die für die Elektrofahrzeuge zentrale Batteriezellproduktion. Darüber hinaus wollen wir, dass der Ausbau der privaten und der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur weiter vorangeht. Das Bundeswirtschaftsministerium wird hierzu die Rechtsregelungen anpassen, die zur Sicherheit, Interoperabilität und zur intelligenten Vernetzung von Ladeeinrichtungen erforderlich sind."  
Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt: "Deutschland ist Europas wichtigster Industriestandort und Sitz technologisch führender Unternehmen. Wir haben die besten Ausgangsvoraussetzungen, um der Elektromobilität entscheidende Impulse zu geben. Bis Ende dieses Jahres sind 17 deutsche E-Modelle auf dem Markt, nächstes Jahr kommen weitere 12 hinzu. Jetzt beginnt die Markthochlaufphase. Mit unserem Elektromobilitätsgesetz haben wir zusätzliche Anreize zum Kauf eines Elektroautos auf den Weg gebracht. In einer zweiten Stufe geht es um den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Eine Teststrecke für längere Fahrten gibt es bereits auf der A 9. Hier knüpfen wir an, damit Deutschland ein Grundversorgungsnetz mit Schnellladestationen erhält. Auf den Bundesautobahnen werden wir deutschlandweit an Raststätten rund 400 zusätzliche Ladesäulen errichten. Künftig soll es möglich sein, mit einem Elektrofahrzeug von der Nordseeküste bis zur Zugspitze zu fahren."  
Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks: "Der Fortschrittsbericht der Nationalen Plattform Elektromobilität zeigt deutlich: Wir kommen voran! Elektromobilität ist mittlerweile alltagstauglich, und mit zahlreichen Modellen, auch von deutschen Herstellern, stehen wir international gut da. Elektrofahrzeuge verbessern die Lebensbedingungen in Städten und Kommunen, in dem die Luftverschmutzung reduziert und die Lärmbelastung verringert werden. Ein effektiver Beitrag zum Klimaschutz kann jedoch nur dann erzielt werden, wenn die Zahl der gekauften Elektrofahrzeuge deutlich steigt. Damit dies gelingt, setze ich mich für bessere Rahmenbedingungen ein."  
Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka: "Deutschland soll Leitanbieter für Elektromobilität werden. Wollen wir nicht Wertschöpfung verlieren, muss dies die Produktion von Batteriezellen in Deutschland einschließen. In der Forschung haben wir bereits einen guten Stand erreicht und mit der Versuchsanlage in Ulm, unter breiter Unternehmensbeteiligung, eine gute Basis geschaffen. Jetzt geht es um die Produktion im industriellen Maßstab. Dafür setze ich mich ein." Die NPE wird ihre Arbeit fortsetzen. Im Sommer 2015 wird die Bundesregierung eine Nationale Konferenz zur Elektromobilität in Berlin veranstalten.  
Der Fortschrittsbericht der Nationalen Plattform Elektromobilität finden Sie unter: [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de); [www.bmvi.de](http://www.bmvi.de); [www.bmub.de](http://www.bmub.de); [www.bmbf.de](http://www.bmbf.de).  
Informationen zu den Förderprogrammen zur Elektromobilität der Ministerien sind im Internet unter [www.foerderinfo.bund.de/elektromobilitaet](http://www.foerderinfo.bund.de/elektromobilitaet) zu finden.  
Weitere Informationen zur Nationalen Plattform Elektromobilität finden Sie unter [www.nationale-plattform-elektromobilitaet.de](http://www.nationale-plattform-elektromobilitaet.de).  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)  
Stresemannstraße 128 - 130  
10117 Berlin  
Telefon: 030 18 305-0  
Telefax: 030 18 305-2044  
Mail: [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

## Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

## Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.